

Der Synodalrat der Evangelischen Kirche der Böhmischen Brüder
in Prag 1, Jungmannova 9

beschloß in seiner Sitzung am 5. April 1995, diese Stellungnahme seines Beratungsausschusses für gesellschaftliche und internationale Angelegenheiten "Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen" zum Studium und zur Diskussion in den Gemeinden der Evangelischen Kirche der Böhmischen Brüder und in der Öffentlichkeit zu empfehlen.

Mit freundlichem Gruß

Pavel Smetana
Synodalsenior

Prag, 27. April 1995
Az. 1221/95

ZUR PROBLEMATIK DER AUSSIEDLUNG DER SUDETENDEUTSCHEN

Diese Stellungnahme wurde in den Jahren 1993-95 vom Beratungsausschuß für gesellschaftliche und internationale Angelegenheiten des Synodalrats der Evangelischen Kirche der Böhmischen Brüder ausgearbeitet. Daran beteiligt waren M. Brož, M. Calda, J. Čapek, J. Dus, J. Horálek, L. Pokorný, T. Růžička (Vorsitzender). Hinzugezogen wurden die Historiker M. Wernisch (direkte Teilnahme) und J. Procházka (Fernkonsultationen).

1. GESCHICHTE DES ZUSAMMENLEBENS

1.1. DIE ANFÄNGE UND DER GRUNDCHARAKTER

Wir wissen, daß deutsche Siedler sich seit dem Mittelalter auf Einladung der tschechischen Herrscher in den böhmischen Ländern niederließen, um bei der Förderung des Landes mitzuhelfen, zu der sie ohne Zweifel beitrugen. Dies geschah im übrigen im Rahmen der politischen Verbindung mit dem christlichen Römisch-Deutschen Reich, in dem sich der böhmische Staat praktisch von seinen Anfängen an befand; diese Verbindung, die wir nicht mit heutigen staatsrechtlichen Kategorien begrifflich fassen können, bedeutete keineswegs, daß die böhmische Krone ihre Selbständigkeit verlor, im Gegenteil, sie verlieh ihr eine nicht geringe Würde. Die Immigranten wurden zu Untertanen der böhmischen Krone und brachten ihren Beitrag am besten dann zur Geltung, wenn sie ausdrücklich den spezifischen Charakter des Landes mit seiner slawischen Bevölkerung respektierten - unter diesen Umständen brachten beide Sprachgemeinschaften am leichtesten eine in vieler Hinsicht gemeinsame Kultur hervor. Natürlich gelang dies nicht immer gleich gut, und besonders in den Zeiten, als sich die Tschechen durch fremde Expansion eingeengt fühlten, blieb das Zusammenleben von Tschechen und Deutschen nicht ohne Spannungen, die gelegentlich zu schmerzlichen Konflikten führten. So war ihre Gemeinschaft manchmal gestört, bis in die moderne Zeit aber nie zerstört. Wir sind also nicht der Meinung, daß der bestimmende Inhalt unserer ganzen Geschichte der ewige Streit zwischen Tschechen und Deutschen wäre. Spricht man von ihrem "Miteinander Umgehen und Ringen" (F. Palacký), sollten wir dies nicht bloß im negativen Sinne auffassen, sondern vor allem positiv, als eine bejahende

Aufforderung zur Nachbarschaft, in der es nötig war, gut miteinander auszukommen und die dunklen Momente, die nicht zu freundschaftlichen Beziehungen beitrugen, zu bewältigen. Auch die Menschen deutscher Sprache hatten in Böhmen, Mähren und Schlesien ihre legitime Heimat und teilten mit den Tschechen Gutes wie Böses. Gerade als Evangelische denken wir an die Zusammenarbeit von Tschechen und Deutschen in der Zeit der Reformation, sogar im Hussitentum, das oft einseitig als antideutsche Bewegung dargestellt wird, und besonders auch in der Brüderunität und im Bereich des Luthertums.

1.2. DER VERLUST DER SELBSTÄNDIGKEIT UND DIE BENACHTEILIGUNG DER TSCHECHISCHEN SPRACHE NACH DER SCHLACHT AUF DEM WEISSEN BERGE

Der böhmischen Reformation ist es in ihrem Ringen gelungen, das in Europa geläufige Niveau der Gewissensfreiheit zu überschreiten, einer Gewissensfreiheit, die in gegenseitiger Solidarität sowohl Tschechen als auch Deutsche genossen. Der letzte Anlaß zum Aufstand der böhmischen Landstände 1618 war die religiöse Unterdrückung evangelischer Bürger und Untertanen deutscher Sprache. In diesem Kampf jedoch siegte die Gegenreformation, die die einen aus dem Lande vertrieb, die anderen gewaltsam rekatholisierte, und zwar ohne Unterschied der Sprache. Die sekundäre Folge der Einschränkung der politischen Rechte der böhmischen Länder, die in die Stellung Habsburgischer Nebenländer gerieten, war auch eine Benachteiligung der tschechischen Sprachkultur. Erst jetzt verschob sich der Schwerpunkt der Landesregierung in das deutschsprachige Ausland, und die tschechische Sprache verlor ihre hoheitliche Bedeutung, indem sie nach und nach in eine unvorteilhafte Lage gedrängt wurde. In dieser Hinsicht brachte später auch die von der Aufklärung beeinflusste Wiener Regierung keine Besserung. Die Germanisierung wurde zielbewußt im Interesse der Festigung der zentralen Staatsmacht vorangetrieben. Die Deutschen in unseren Ländern gerieten so im Grunde durch administrative Maßnahmen in die Rolle eines "Herrschervolkes", auch wenn die Untertanen beider Nationalitäten in der Zeit des Absolutismus gleich wenig Rechte hatten, ob sie nun tschechisch oder deutsch sprachen. Ohne Kenntnis der deutschen Sprache, die das universale Latein ersetzen sollte, war allerdings später der Zugang zu höherer Bildung und dadurch zu jeglicher Karriere unmöglich.

1.3. DIE NATIONALE WIEDERGEURT UND DIE GEGENSEITIGE ENTFREMDUNG

Die konsequente Vorstellung zweier getrennter und in Konkurrenz stehender Nationen in einem Land war jedoch erst die Folge der allgemeinen Entwicklung im 19. Jahrhundert. Im mitteleuropäischen Raum setzte sich anfangs die Herdersche Auffassung durch, nach der vor allen die Sprache das Hauptmerkmal der Nation ist; und dies mündete schließlich in ein Programm der ethnisch definierten Nation als Staatssubjekt. In den Ländern der böhmischen Krone kommt es zum Aufschwung einer tschechischen, eben sprachlich definierten Nationalkultur; zu dieser Erneuerung kommt es durch die Bemühungen von Anhängern der nationalen Wiedergeburt, die teilweise auch deutscher Abstammung waren. Die Gemeinschaft, die sich zu der so definierten Kultur bekannte, entwickelte sich dann in einer ganzen Reihe von Aspekten mit bewundernswerter Vielseitigkeit zu Formen, die mit guten europäischen Vorbildern durchaus vergleichbar sind. Das neuzeitliche Erwachen beider Nationalitäten wurde im übrigen durch einen gesellschaftlichen Aufschwung begleitet; der Wettbewerb beider Nationalitäten trug beträchtlich zu einem ungewöhnlich hohen Bildungsniveau in den böhmischen Ländern bei. Das neuzeitliche Erwachen war auch

mit der Verbreitung eines politischen Liberalismus verbunden; dies war auf tschechischer Seite weniger problematisch, denn die Tschechen konnten durch die Erweiterung politischer Freiheiten nur gewinnen. Im Gegensatz dazu mußte die deutsche Repräsentation teilweise zurückweichen und reagierte krampfhaft auf den Verlust früherer Positionen. Dadurch machte sie eine Reihe von Bemühungen um einen politischen Ausgleich beider Nationalitäten zunichte. Die Verantwortung dafür lag allerdings nicht ausschließlich bei ihr: parallel dazu gewann nämlich auch an Einfluß der sog. "integrale Nationalismus" mit negativistischen und aggressiven Zügen, der von der Jahrhundertwende an Hinweise auf höhere Werte übertönte (siehe dazu z.B. die Kampagnen der "Alldutschen", der tschechischen "staatsrechtlichen Radikalen" und der "National-Sozialisten" beider Seiten, jedoch auch der radikalen Flügel der "Jungtschechen" und der "Deutschen Fortschrittler" gegen T. G. Masaryk oder J. Lippert). Der Gedanke einer gemeinsamen Heimat wich auf beiden Seiten der nationalen Ausschließlichkeit, die eine Nation von der anderen isoliert. Dies trug zu einer Spannung bei, in der es dem österreichischen Staatenbund - trotz alles Fortschritts im Sprachenrecht - nicht gelang, zu der erstrebten Föderation gleichberechtigter Nationen zu werden. Der Erste Weltkrieg, der als "Kampf zwischen Germanentum und Slawentum" interpretiert wurde und in dem sich die "Großdeutschen" die Verdeutschung des Staats zum Ziel setzten, führte dann logischerweise zu dessen Zerfall.

1.4. TSCHECHEN UND DEUTSCHE IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

Das Masaryksche Programm legte dem neuen Staat demokratische Prinzipien zugrunde, zugleich wurde jedoch die Tschechoslowakische Republik als Ausdruck des "Staatswillens der tschechischen Slawen" aufgefaßt. Die deutschen Abgeordneten in den böhmischen Ländern erkannten diesen Staat nicht an und erklärten die Abtrennung der Gebiete mit mehrheitlich deutscher Bevölkerung, wobei sie die natürlichen und historischen Grenzen des Landes, seine wirtschaftliche Zusammengehörigkeit, sowie die Unmöglichkeit, eindeutige Sprachgrenzen zu ziehen, ignorierten, alles Momente, die die Lebensfähigkeit zweier verselbständigter Gebilde nicht zuließen. Die Repräsentanten des neuen Staates reagierten deshalb mit der Besetzung der Grenzgebiete und nahmen den Separationsversuch zum Anlaß, die deutsche Repräsentanz von der Arbeit an der Verfassung auszuschließen. Höhepunkt der damaligen Spannungen waren leider deutsche Demonstrationen gegen die ČSR im Jahr 1919 und deren blutige Unterdrückung durch das Militär. Die Minderheitenstellung der Deutschen in den böhmischen Ländern, mit der nur ein Teil der Deutschen sich zu versöhnen bereit war, wurde also dadurch erschwert, daß sie als potentielle Feinde angesehen wurden. Diese gegen die Deutschen verbreitete Einstellung wurde schon damals scharf von dem Philosophen E. Rádl kritisiert. Er rief zu Bemühungen auf, eine neue tschechoslowakische Nation im bürgerlichen Sinne nicht nur aus Tschechen und Slowaken, sondern auch aus Deutschen und Ungarn zu bilden; in seiner Zeit blieb er jedoch ein einsamer Prophet. Im zeitlichen Abstand erkennen auch wir, daß die demokratische Tschechoslowakei ihren deutschen Mitbürgern zwar die gleichen Bürgerrechte wie den Tschechen einräumte, und damit faktisch auch größere Minderheitsrechte als manches andere europäische Land, doch wir sehen auch, daß nicht alles dafür getan wurde, daß sich die böhmischen Deutschen innerlich voll mit dem tschechoslowakischen Staat als ihrer Heimat identifizieren konnten. Und das nicht nur in den Bereichen der Nationalitäten- und Sozialpolitik, die gelegentlich auch vom europäischen Völkerbund kritisiert wurde. Den

Hauptfehler sehen wir in der Zweideutigkeit der Verfassung in Beziehung auf ihr Subjekt (die "Tschechoslowakische Nation") und ihre Staatssprache (wiederum die "tschechoslowakische"). Diese Zweideutigkeit ermöglichte es, die - in vieler Hinsicht demokratisch vorbildliche - Erste Republik unzutreffend auch als einen Nationalstaat im ethnischen Sinne zu verstehen. Zumindest psychologisch führte dies sowohl auf tschechischer als auch auf deutscher Seite dazu, daß die Stellung der einzelnen Nationalitäten so empfunden wurde, als hätte sie sich gegenüber dem alten Österreich einfach umgekehrt. Wäre die Sprache des deutschen Drittels der Einwohner der böhmischen Länder eindeutiger als ständige "zweite Landessprache" anerkannt worden, und beizeiten das von der Schweiz als Typ eines multinationalen europäischen Staates (zwar ohne seine Föderalisierung, aber mit weiteren Mitteln eines liberalen Regimes) inspirierte Programm der tschechischen Delegation in St.-Germain klar zum Ausdruck gekommen, hätte die Entwicklung weniger gespannt sein können. Vielleicht kann man sogar sagen, daß sich bis zum Anwachsen von Hitlers Einfluß (unter den bedrückenden Verhältnissen der Wirtschaftskrise) die Entwicklung in dieser Richtung bewegte, allerdings zögernd und langsam.

2. DIE BÖHMISCHEN DEUTSCHEN ERLIEGEN DEM NAZISMUS

Auch wenn wir die Fehler der tschechischen Politik im Verhältnis zu den Deutschen keineswegs herunterspielen wollen, müssen wir die fatalere Wendung im angespannten Verhältnis der beiden Bevölkerungsteile darin sehen, daß ein großer Teil jener Schichten der deutschen Sprachgemeinschaft, die Einfluß auf die öffentliche Meinung hatten, und durch ihre Schuld schließlich auch die Mehrheit der einfachen Bürger deutscher Nationalität in der _SR, die Wahl traf, ihr Geschick mit einem so monströsen Regime zu verbinden, wie es der Nazismus war. Dies gilt, auch wenn man einräumt, daß Henleins Sudetendeutsche Partei von vielen Deutschen mit einer gewissen Naivität vor allem als Bewegung der nationalen Einheit aufgefaßt wurde, die die Bedrohung der Majorisierung durchbrechen und die Stellung der Deutschen in der Tschechoslowakei verbessern würde; ihre Führer betonten auch gewisse Unterschiede zum Nazismus (unter anderem in ihrer Beziehung zu christlichen Werten), der dann den Charakter der Partei erst in der letzten Zeit vor dem Münchener Abkommen offen dominierte. Nichtsdestoweniger vermochte die Überordnung der Ideologie der nationalen Emanzipation über den liberalen Staat, mit der Zeit eine Verblendung zu verursachen, die schließlich im Grenzgebiet dazu führte, daß die Hitlersche Macht massenhaft willkommen geheißen wurde; diese besetzte schließlich den Rest der böhmischen Länder und entfesselte bald darauf in Europa einen unerhörten Völkermord auf eindeutig rassistischer Grundlage (einschließlich der Ermordung der Mehrheit der Juden in den böhmischen Ländern ohne Rücksicht auf ihre Sprache). Diese zersetzende Mißachtung der Bürgerschaft eines demokratischen Staates (der vielen deutschen Bürgern, denen in Hitlers Deutschland der Tod oder das Konzentrationslager drohte, zum Asyl geworden war, wo sie mit Verständnis aufgenommen wurden), und die Zerschlagung der Einheit des Landes in seinen historischen und natürlichen Grenzen zugunsten einer unorganischen und stellenweise ganz erfundenen Sprachgrenze, besiegelten den Trend des Zwiespaltes statt des Zusammenlebens. Die Mehrheit unserer Deutschen, ungeachtet ihrer Motive, wurde zum Werkzeug des Nazismus, der den bisher schrecklichsten Krieg aller Zeiten entfesselte. In diesem Zusammenhang erinnern wir daran - auch wenn jeder persönlich nur für seine eigenen Stellungnahmen und Taten verantwortlich ist - daß diese erschütternde Wende (zusammen mit dem Versagen der westlichen

Demokratien gegenüber dem Nazismus im Jahre 1938) auch einen direkten Einfluß auf die Umorientierung in der tschechischen Öffentlichkeit hatte, was die unglückselige Nachkriegsentwicklung einleitete, charakterisiert durch die einseitige Zuwendung zur Allianz mit der UdSSR.

3. DIE MOTIVE DER AUSSIEDLUNG DER DEUTSCHEN AUS DER TSCHECHOSLOWAKEI

3.1. DAS BEGREIFLICHE MOMENT DES GESCHICHTLICHEN SCHOCKS

3.1.1. EIN NICHT ZU UNTERSCHÄTZENDES TRAUMA

Die bedauerliche Rolle der Mehrzahl der böhmischen Deutschen bei der Liquidierung der ersten Tschechoslowakischen Republik und die Einführung von Verhältnissen, die sogar die bloße nationale Existenz der Tschechen bedrohten (u.a. gerade durch die Pläne ihrer Aussiedlung), verursachte bei der Mehrheit der Tschechen ein derart intensives Trauma, daß die Angst vor den Deutschen bis heute besteht - in der älteren Generation, zum Teil jedoch auch in der jüngeren. Wir befürchten, daß diese Tatsache manchmal auf deutscher Seite nicht genügend ernst genommen wird. Bagatellisierende Bemerkungen in dem Sinne, daß es den Tschechen während der Okkupation im großen und ganzen gut gegangen sei, daß sie nicht an die Front mußten, daß der Krieg an unseren Ländern fast vorbeigegangen sei usw., wie wir sie ab und zu aus Deutschland hören, vertiefen nur das gegenseitige Nichtverstehen. Ein gleiches Unverständnis gegenüber der tiefsitzenden Verletztheit derer, die nach 1945 ihre Heimat mit einem Ranzen auf dem Rücken verlassen mußten, äußern allerdings auf der anderen Seite diejenigen Tschechen, die die Aussiedlung in dem Sinne bagatellisieren, daß es den Ausgesiedelten eigentlich zugute gekommen sei, daß sie nicht unter den Kommunisten leben mußten, daß sie und ihre Nachkommen heute einen viel höheren Lebensstandard hätten und dergl. .

3.1.2. AUS DEM TRAUMA FOLGTE AUCH DIE VORSTELLUNG EINER "DEFINITIVEN LÖSUNG"

Was in den Jahren 1938-1945 geschehen war, bedeutete einen so tiefen Einschnitt im Verhältnis der Tschechen zu den Deutschen und den einheimischen Deutschen im besonderen, daß eine natürliche Fortsetzung unseres Zusammenlebens, wie es vor dem Kriege bestanden hatte, unmöglich erschien. Die tschechische Gesellschaft hatte bei ihren damaligen Mitbürgern auch dann keine bemerkbaren Zeichen einer Abwendung von der Nazi-Politik festgestellt, als deren unmenschlicher Charakter immer offensichtlicher geworden war (noch vor dem Kriegsende waren die Fakten auch über Konzentrationslager und ähnliche Greuel bekannt geworden). So erschien der überwältigenden Mehrheit der Tschechen, ebenso wie ihren damaligen politischen Führern, nach der Niederlage des Nazismus die radikale, und wie man glaubte, auch endgültige Lösung als die richtigste. Und so setzte sich der Gedanke einer möglichst breiten Aussiedlung unserer deutschen Einwohnerschaft nach Deutschland durch.

3.2. NEGATIVE MOMENTE DES PROJEKTS DER AUSSIEDLUNG

3.2.1. NATIONALISTISCHE MOTIVE NEBEN DEN ANTIFASCHISTISCHEN

Die antifaschistische Motivierung des Gedankens einer Aussiedlung aus dem Land kann uns bis heute als schwerwiegend erscheinen. Gleichzeitig jedoch müssen wir zugeben, daß sie als solche denen, die im Namen der Menschlichkeit die Nazibarbarei besiegt hatten, die Übernahme eines Programms erschweren sollte, mit dem bis dahin die totalitären Regime operiert hatten. Eine Reihe von auffälligen Umständen, die die Durchführung des Programms begleiteten, weist auf das

Vorhandensein anderer, bedenklicherer Motive hin: auf das Prinzip der kollektiven Schuld und auf Überlegungen zur strategischen Absicherung des Staates, die eine unheilvolle Mißachtung des einzelnen Menschen mit sich bringen. Es ist eine historische Tatsache, die wir nicht vertuschen dürfen, daß die antifaschistischen Argumente in der Atmosphäre der Nachkriegs-Tschechoslowakei durch eine chauvinistische Rhetorik mit zynisch pragmatischem Untertext überdeckt wurden, und dies gerade auch in offiziellen Verlautbarungen: die Maßnahme des "Transfers" sollte die "Hinausliquidierung des Volkes der Urfeinde" sein und sein erklärtes Ziel sollte die Schaffung eines nationalen slawischen Staates sein, der keiner Minderheit lästige politische Rechte zugestehen müßte. Dem entsprach, daß sich die Persekutionen auf der Grundlage der Dekrete des Präsidenten der Republik wesentlich und öfters ausschließlich nach dem Kriterium der sprachlich-ethnischen Zugehörigkeit der Menschen richtete, die sich vielleicht sonst "nichts hatten zuschulden kommen lassen", wie es gelegentlich ausdrücklich angeführt wird (es handelte sich um die Überprüfung der "nationalen Verlässlichkeit"; ihre Spitze richtete sich also sogar gegen Mitglieder der tschechoslowakischen Auslandsarmee und gegen Heimkehrer aus den nazistischen Konzentrationslagern, einschließlich deutschsprachiger Juden).

3.2.2. DAS SYMPTOM DER ERSCHÜTTERUNG DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN DEMOKRATIE

Zugleich sollte es sich wiederum um einen bewußten "Einschnitt in die kontinuierliche Entwicklung der böhmischen Länder" handeln, zu dessen Verwirklichung auch andere Maßnahmen geplant waren; der "Transfer" ist folglich undenkbar ohne die Atmosphäre der damaligen Proklamationen einer mit Nationalismus und Sozialismus verbundenen "Demokratie neuen Typs". In diesem Kontext war diesmal in der Behandlung der Deutschen nach dem Kriege zu beobachten, wie man auf tschechischer Seite vom humanitären Ideal der tschechoslowakischen Demokratie abrückte, im übrigen mit sehr konkreten Folgen im fortschreitenden Verfall des Rechtsbewußtseins (aber auch des faktischen Rechtszustandes). Daraus folgte nahtlos auch die weitere fatale Entwicklung: die politischen Parteien übertrafen einander in antideutschen Einstellungen, und auch die damals bereits einflußreichste Kommunistische Partei der Tschechoslowakei segelte erfolgreich auf der nationalistischen Welle.

3.2.3. DIE FAKTISCHE APPLIKATION DES GEDANKENS WAR DRASTISCHER ALS DIE URSPRÜNGLICH BESCHLOSSENEN VARIANTEN

Die konkrete Art der Aussiedlung übertraf in ihrem drastischen Ausmaß alle im voraus erwogenen Varianten. Diese hatten verschiedene mildernde Maßnahmen enthalten, die von verschiedenen Instanzen und auf verschiedenen Foren auch zugesagt worden waren - einschließlich des Regierungsprogramms von Košice, das die Maßnahme der allgemeinen Enteignung und massenhaften Aussiedlung eines wesentlichen Teils der Vorkriegseinwohnerschaft des Landes noch nicht vorsieht. Das drastische Ausmaß der Aussiedlung sollte ursprünglich durch Selektivität gemildert werden, zu Konfiskationen und Ausweisungen sollte es nur auf Grund von Gerichtsverfahren kommen; es sollte die Möglichkeit der eigenen Option entweder für die deutsche oder die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft bestehen, ebenso wie die Entschädigung für verlorenes Eigentum aus Reparationen, eventuell eine mit Hilfe deutscher Antifaschisten durchgeführte Entnazifizierung. Man darf nicht verschweigen, daß die Exilregierung nur im Rahmen solcher Bedingungen die zögernde vorläufige Zustimmung der Westmächte zur Umsiedlung erhielt (wiewohl dieser Gedanke einer Umsiedlung als Mittel zur Beseitigung von Quellen unerträglicher zwischenstaatlicher

Spannung in jener Zeit auch im Westen nicht unbekannt war): im Interesse der Humanität sollte die Umsiedlung nicht überstürzt und keinesfalls massenhaft geschehen, was Forderungen waren, die unter nicht geringem Einfluß westlicher Kirchen vorgebracht wurden.

3.2.4. ES SIND ALSO NICHT NUR DIE KOMMUNISTEN UND DIE GROSSMÄCHTE VERANTWORTLICH

Die Verantwortung für die gewaltsame Aussiedlung der Mehrheit der Deutschen aus den böhmischen Ländern, fast ohne jede Unterscheidung, ist also bei weitem nicht nur die Sache der Kommunisten oder der Großmächte, wie Uninformierte heute gerne vermuten (auch wenn besonders Stalin durch die Unterstützung der Aussiedlung zweifellos seine eigenen Ziele verfolgte). Die Initiative kam von tschechoslowakischer Seite, wie es die Dokumente bestätigen, die den Willen bekunden, die Anzahl der Deutschen auf dem Gebiet der wiederhergestellten Republik noch vor einer internationalen Entscheidung "maximal zu reduzieren". Aus der Feder Präsident Trumans als Teilnehmer der Potsdamer Konferenz ist sogar das ausdrückliche Zeugnis erhalten, er hätte sich vor die vollendete Tatsache eines willkürlichen Gewaltaktes gestellt gefühlt.

3.3. TSCHECHISCHE GEGNER DER AUSSIEDLUNG UND DIE POSITIONEN DER EVANGELISCHEN CHRISTEN

Auf tschechischer Seite wagte es nur der konservative Teil des Exils, der nicht in die Heimat zurückkehren wollte, wo "neues revolutionäres Recht" und eine "gelenkte Demokratie der Nationalen Front" herrschte, das Ausmaß und die Art der Aussiedlung sofort eindeutig und öffentlich zu verurteilen. Dies war allerdings eine Randgruppe, die zu Hause kein nennenswertes Vertrauen genoß. In der Frage der Aussiedlung der Deutschen sollten ihr jedoch später im Grunde auch die politisch anders orientierten Kreise rechtgeben. Unter den tschechischen Evangelischen im Ausland war es besonders Prof. E. Kohák, der die Reichweite des Prinzips der Unteilbarkeit der Freiheit betonte. Warnenden Stimmen im Lande inmitten der eigentlichen Geschehnisse waren durch das damalige aufgeregte Klima enge Grenzen gesetzt, wo jeder sich bedroht fand, der es wagte, sich "des Feindes anzunehmen": sie reichten von Protesten gegen die brutale Repression und von tätiger Hilfe für die Leidenden, die wir am vorbildlichsten bei P. Pitter finden, über die eher gedämpften Äußerungen schwerer moralischer Bedenken gegenüber dem ganzen Projekt bei Prof. R. Říčan und J. B. Souček, bis zur Furcht Prof. J. L. Hromádkas vor einer Zukunft, die auf "Endlösungen" mit einer unerwarteten Überraschung antworten könnte. Erwähnt sei hier auch die Bereitschaft des Synodalrats der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder, die bedrohten deutschen evangelischen Gemeinden in die eigene Kirchengemeinschaft aufzunehmen, die damals in der kommunistischen Presse kritisiert wurde.

4. KONTINUITÄT DER VERANTWORTUNG

4.1. DIE FOLGEN SIND AUCH UNSERE SACHE

Auch wir empfinden die Verantwortung für die Auseinandersetzung mit den Folgen dessen, was im Namen des tschechischen Volkes in der Grenzsituation des Jahres 1945 und der nachfolgenden Jahre geschehen ist, obwohl die meisten von uns damals im Kindesalter oder noch gar nicht geboren waren. Wir sind uns dessen bewußt, daß die Tschechen, obwohl die Standpunkte und Handlungsweisen unserer Väter und Großväter in den damaligen Jahren in vieler Hinsicht begreiflich sind, ihren ehemaligen deutschen Mitbürgern, ebenso wie vorher die Deutschen den Tschechen,

ein Trauma verursacht haben, dessen Folgen sich auch in den nachfolgenden Generationen äußern. Obwohl es nicht einfach ist, (nach allem, was zwischen uns geschah,) einen eindeutigen Standpunkt zu der vor fünfzig Jahren erfolgten Aussiedlung der böhmischen Deutschen einzunehmen, erklären wir folgendes:

4.2. DEKLARATION

a) Die radikale und scheinbar endgültige Lösung des Problems des Verhältnisses der Tschechen zu den Deutschen in den böhmischen Ländern durch ihre kollektive Aussiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg erscheint uns, trotz alles vorangegangenen Unrechts, als moralisch verfehlt. Wir stützen uns dabei auf die Bewertung konkreter Umstände, die wir bereits berührt haben, wie auch auf die allgemeine Überlegung zum babylonischen Hochmut einer administrativen Maßnahme, die mit einem Schläge eine Jahrhunderte alte Kultur ihrer Heimat beraubt und dadurch entwurzelt und sich anmaßt, ein Volk zu deportieren, dessen Anzahl und Ausmaß seiner Siedlungen der Einwohnerschaft der von manchen europäischen Ländern entspricht. Wir sind überzeugt, daß dies ein politisch nicht umsichtiger Schritt war, der uns der Möglichkeit beraubte, eine weise Souveränität im Zusammenleben der Völker zu bezeugen, und uns statt dessen Anschuldigungen aussetzte.

b) Gänzlich zu verurteilen sind die Verbrechen, die viele Tschechen an Deutschen vor und während des "Transfers" begingen, ohne Rücksicht auf ihr Ausmaß und die Anzahl der Opfer, und ohne Rücksicht auf eine etwaige amtliche Rückendeckung solcher Taten. Als schändlich muß auch das Gesetz 115/1946 über ihre summarische Exkulpation (falls sie vor dem 28. 10. 1945 verübt wurden) betrachtet werden, das bereits in seiner Zeit als "monströs" und "in der zivilisierten Welt einzig dastehend" kritisiert wurde, ein Gesetz, durch das der Rechtsnihilismus besonders gestärkt wurde.

c) Wir bedauern auch zutiefst die Art, wie mit dem Eigentum der ehemaligen deutschen Mitbürger umgegangen wurde, das oft skrupellos beschlagnahmt, weggerafft oder zerstört wurde, besonders in den ersten Jahren der wilden Besiedlung der Grenzgebiete. Umso mehr wurden auch wir selber um unzählige wirtschaftliche und kulturelle Werte ärmer, die die böhmischen Deutschen über Jahrhunderte geschaffen haben, und die ihnen auf einen Schlag mit ihren Siedlungen genommen wurden.

5. GEGENWÄRTIGER STAND UND PERSPEKTIVEN UNSERER GEGENSEITIGEN BEZIEHUNGEN

5.1. EINMALIGE LÖSUNGEN WERDEN AUCH JETZT NICHT HELFEN - ZURÜCKWEISUNG IRREALER ANSPRÜCHE

Ebenso wie sich die Endgültigkeit des einmaligen Aktes der Aussiedlung der böhmischen Deutschen nach dem Krieg, als eines Versuchs, unsere gegenseitige Beziehung "ein für allemal" zu lösen, als illusorisch erwies, sehen wir auch heute keine mögliche Lösung dieses Verhältnisses in irgend einem neuen einmaligen Akt der Art, wie er von einigen Kreisen sudetendeutscher Organisationen gefordert wird (wenn sie aus dem Menschenrecht auf Heimat den Anspruch auf die rechtliche und eigentumsbezogene Restitution des Vorkriegszustandes ableiten). Mit Bedauern stellen wir fest, daß die korrekte und aufrichtige Entschuldigung unseres Präsidenten aus dem Jahr 1989 nicht als ausgestreckte Hand zur Tilgung der unseligen

Vergangenheit durch gegenseitige Versöhnung verstanden wurde, sondern als Gelegenheit zur Aufstellung von politischen und vermögensbezogenen Forderungen. Wir sind überzeugt, daß der Weg derartiger Forderungen und Proklamationen zu keiner Versöhnung führt, sondern im Gegenteil die gegenseitige Entfremdung noch vertiefen wird.

5.2. DIE VERLUSTE SIND BEIDERSEITIG, AUCH DAS VERSTÄNDNIS MUSS BEIDERSEITIG SEIN

Während wir die Gefühle jener verstehen, die einmal von amtlichen tschechischen Stellen mit einem Minimum an persönlichem Eigentum über die Grenze geschickt wurden, sowie ihrer Nachkommen, einschließlich der tiefen Wunden der Kinder und Enkel derer, die umkamen oder ermordet wurden, rufen wir sie auf, auch die Tiefe des Traumas zu sehen, das vorher Deutsche den Tschechen verursacht haben, indem sie sich an der Zerschlagung des gemeinsamen demokratischen Staates beteiligt und damit das ganze tschechische Volk an den Rand des Verderbens gebracht haben. Es leben noch viele unter uns, die in nazistischen Gefängnissen und Konzentrationslagern gefoltert wurden, und viele Kinder und Enkel derer, die dort umkamen. Wir sind uns jedoch bewußt, daß der Weg in die Zukunft nicht durch nie endende Schuldzuweisungen, sondern durch aufrichtige Reue, gegenseitiges Bemühen um Verständnis, und durch die Sehnsucht nach Versöhnung geöffnet wird.

5.3. DIE EINZIGE MÖGLICHKEIT: EIN NEUER ANFANG

Wenn wir es auch bedauern können, eine Rückkehr zu früheren Verhältnissen ist unmöglich; was wir alle verloren haben, muß zu den Kriegsverlusten gezählt werden. Das einzige, was uns übrigbleibt, ist, vom Status quo ohne gegenseitige Beschuldigungen und Forderungen auszugehen und unsere Beziehungen von Grund auf neu aufzubauen (im übrigen ist auch der deutsch-tschechische Staatsvertrag dafür ein gutes Fundament). Sicherlich sollten wir dabei von tschechischer Seite aus den notwendigen Respekt gegenüber all denen erweisen, die kommen, um ihre alten Heimatstätten zu besuchen, wie auch Offenheit gegenüber denen, die unter heutigen Bedingungen zu der tschechischen Staatsbürgerschaft zurückkehren möchten. Auch sollten wir Interesse an dem von Deutschen geschaffenen Anteil an der böhmischen Landeskultur haben.

5.4. APPELL ZU EINEM NEUEN AUFBAU IM CHRISTLICHEN GEIST GEGEN DEN GEIST DES NATIONALISMUS

Während wir uns dessen bewußt sind, daß ein solcher Weg lang ist und gesäumt von Scharen solcher, die auch heute noch nicht dem Geist des Nationalismus (oft verbunden mit faschistischer und kommunistischer Nostalgie) entsagen wollen, appellieren wir hiermit an alle, die im christlichen Geist leben wollen (Angehörige verschiedener Konfessionen), wie auch an alle anderen, gemeinsam am Aufbau neuer Beziehungen mitzuwirken. Wir wollen zu diesem neuen Aufbau bereit sein und bitten deshalb um Vergebung dessen, worin wir uns wirklich an jemandem schuldig gemacht haben, und sind bereit, denen zu vergeben, die sich an uns schuldig gemacht haben. Und zu dem Übrigen möge Gott uns allen helfen!